



Beitrag



tung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin den 20. Juli. Se. Majestät der König haben den bisher an Allerhöchstem Hoflager beglaubigt gewesenen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Wheaton, so wie den zu dessen Nachfolger ernannten Donelson, am 18ten d. M. auf dem Königl. Schlosse zu Charlottenburg in einer Privat-Audienz zu empfangen und aus ihren Händen die Schreiben entgegen zu nehmen geruht, durch welche Ersterer von hier abberufen, Letzterer in gedachter Eigenschaft hierselbst beglaubigt worden.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Direktor des Märkischen Bergamts, Ober-Bergrath Honigmann zu Bochum, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Kantor und Organisten Trogisch zu Lissa, im Regierungs-Bezirk Posen und dem Futtermeister Winter zu Neu-Bleesern, Hauptgestüts Gradiß, das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Polizei-Secretair und Salariencassen-Verordanten Hofensfeld in Danzig den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Se. Excellenz der Königlich Hannoversche Wirkliche Geheime Rath, Graf zu Stolberg-Söder, ist von Dresden, und Se. Excellenz der Kaiserlich Oesterreichische Wirkliche Geheime Rath und Kämmerer, Graf Troyer, von Leipzig hier angekommen. — Se. Excellenz der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königl. Württembergischen Hofe, General-Lieutenant von Thun, ist nach Stettin, und der General-Major und Inspecteur der 2ten Artillerie-Inspection, von Zenichen, nach Magdeburg abgereist.

Berlin. — Die neueste Nummer (20.) der Gesefsammlung enthält nachstehende Allerhöchste Kabinettsorder vom 16. Juli 1846, die Kontrolle über die Ausfertigung der Banknoten betreffend. „Ich habe aus Ihrem Berichte vom 28. v. M. und dessen Anlagen die Gründe ersehen, aus welchen zwei Mitglieder der Hauptverwaltung der Staatsschulden die beabsichtigte Emission von Banknoten für eine Verletzung der Verordnung vom 17. Januar 1820, über das Staatsschuldenwesen, halten und ihre Theilnahme an der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragenen Kontrolle über die Ausfertigung und Ausgabe der Banknoten mit Bezugnahme auf den von ihnen geleisteten Eid versagen zu müssen glauben. Die Bedenken dieser Beamten sind unbegründet. Denn durch die Verordnung vom 17. Januar 1820, welche überhaupt die Rechtsverhältnisse der Bank und die Staatsgarantie für deren Verbindlichkeiten ganz unberührt gelassen hat, ist das der Bank in dem Stiftungsreglement vom 29. Oktober 1766 verliehene Recht zur Ausgabe von Banknoten eben so wenig, wie die, von Niemanden bezweifelte und in fortwährender Ausübung begriffene Befugniß zur Ausstellung verzinslicher, vom Staate garantirter Bankobligationen aufgehoben worden. — Auch hat die Bank noch lange nach Publikation der Verordnung vom 17. Januar 1820 von jenem Recht Gebrauch gemacht, und wenn nach dem Befehle vom 5. Dezember 1836. (Gesefsammlung Seite 318) die damaligen Bank-Kassenscheine gegen Kassen-Ausweisungen umgetauscht worden sind, so beruht diese Verfügung lediglich auf den darin angegebenen administrativen Rücksichten, ohne der Bank ihre statutenmäßige Berechtigung zur Notenausgabe zu entziehen. Dazu kommt, daß die Realisirung derjenigen Banknoten, deren Emission Ich unter dem 11. April d. J. genehmigt habe, durch Deponirung ihres Gesamtbetrages in baarem Gelde oder Silberbarren, guten Wechseln und Lombardforderungen sicher gestellt und jedem etwa denkbaren Mißbrauche der Notenausgabe durch die gleichzeitig angeordnete periodische Veröffentlichung des Vermögensstatus der Bank vorgebeugt ist. Es fehlt demnach an jeder begründeten Veranlassung zu Bedenken gegen die lediglich im Interesse des Handels- und Gewerbeverkehrs beabsichtigte Banknotenausgabe, die Ich, wie sich von selbst versteht, ohne die vollständige Ueberzeugung von deren Gefeglichkeit nicht genehmigt haben würde. Da Ich jedoch Niemanden in seinem Gewissen beengen oder beunruhigen will, die Mitwirkung der Hauptverwaltung der Staats-

schulden bei der Banknotenausgabe aber ganz unwesentlich ist, während deren Beschleunigung durch den immer mehr hervortretenden Mangel an Zirkulationsmitteln geboten wird, so will Ich hiermit unter Aufhebung der Bestimmung zu 6, Meines Befehls vom 11. April d. J. (Gesefsammlung S. 153.) die Kontrolle über die durch diesen Befehl genehmigte Ausfertigung der Banknoten einer besonderen Immediatkommission übertragen, welche aus:

- 1) einem Mitgliede des Kuratoriums der Bank, jetzt dem Wirklichen Geheimen Ober-Justizrath und Direktor v. Düesberg, als Vorsitzenden,
- 2) dem Vorsteher der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, jetzt dem Geheimen Kommerzienrath Carl,
- 3) dem Dirigenten der Kontrolle der Staatspapiere, jetzt dem Geheimen Rechnungsrath Kohlweß,

bestehen soll. Diese Kommission hat darüber zu wachen, daß der von Mir festgesetzte Gesamtbetrag der auszugebenden Noten, welcher niemals als mit Meiner förmlich zu publizirenden Genehmigung erhöht werden darf, nicht überschritten werde, und deshalb jede Banknote mit ihrem Kontrollstempel zu versehen, auch eine nähere Beschreibung der Banknoten öffentlich bekannt zu machen. Die Bank selbst hat die Ausfertigung der Noten, so wie den Austausch der an die vorgenannte Immediatkommission zur Vernichtung abzuliefernden beschädigten Noten zu bewirken und die Verfälschungen von Banknoten zu verfolgen. Alle Behörden sind verpflichtet, hierbei der Bank auf jede Weise behülflich zu sein und ihren Requisitionen Folge zu leisten. Dieser Befehl ist durch die Gesefsammlung bekannt zu machen.“ Sansonici den 16. Juli 1846. Friedrich Wilhelm. An den Staatsminister Rother.

Verhandlungen der General-Synode, die Vorbildung für den geistlichen Beruf betreffend. (Fortsetzung.) Ueber die Examinations-Verhältnisse der Predigamts-Aspiranten hatte die Kommission vorgeschlagen, daß es bei zwei Prüfungen sein Bewenden haben möge. Von der auf einzelnen Provinzial-Synoden angeregten Idee, unmittelbar nach dem Triennium ein besonderes Tentamen stattfinden zu lassen, erwartete die Kommission keinen Nutzen. Sie wünschte ferner, daß das Colloquium, welches nach den bestehenden Einrichtungen mit den vor länger als einem Jahre examinirten Kandidaten vor ihrer Beförderung zu einem Pfarramte abgehalten zu werden pflegt, nicht als Regel angesehen werde, vielmehr dem Konfistorium nur das Recht bleibe, in den Fällen, wo es ihm nöthig scheine, ausnahmsweise ein solches zu veranstalten.

Das erste Examen, pro licentia concionandi, soll spätestens ein Jahr nach dem Abgange von der Universität stattfinden und sich überwiegend auf die theologische Wissenschaftlichkeit erstrecken. Da es aber dennoch, so wie das zweite, als von der Kirche veranstaltet zu betrachten sei, so möge dasselbe nicht von einer theologischen Fakultät allein, sondern von einer Kommission des Konfistoriums, zu welcher wenigstens 2 ordentliche Professoren der Theologie hinzuzuziehen seien, gehalten werden. Diese Mitwirkung soll unter den ordentlichen Mitgliedern einer Fakultät alterniren, damit nicht durch die regelmäßige Bestellung einzelner bestimmter Professoren eine der Freiheit des akademischen Studienplans nachtheilige Rückwirkung auf die Wahl der Vorlesungen sich geltend mache.

Gegen eine abgesonderte Prüfung der kirchlichen und christlichen Gesinnung und Ueberzeugung der Kandidaten hat sich die Kommission bestimmt erklärt und beantragt, daß das seit dem Jahre 1827 vorgeschriebene Zeugniß über die Theilnahme am Genusse des heiligen Abendmahls während der Universitätsjahre Behufs des Examens künftig nicht mehr gefordert werde.

Das zweite Examen, pro ministerio, soll 1 — 3 Jahre nach dem ersten nachgesucht werden und vorzugsweise auf die erlangte praktische Befähigung des Kandidaten, namentlich Kenntniß der heiligen Schrift, der Bekenntnisschriften und der Kirchenordnungen des Landes, gerichtet sein. Mindestens ein ordentliches Mitglied einer Fakultät soll dabei mitwirken. Uebrigens soll auf die homiletische und katechetische Fertigkeit des Kandidaten, wie auf seine Bekanntschaft mit dem Schulwesen, eine besondere Aufmerksamkeit gerichtet sein. — Ein Antrag auf Öffentlichkeit der zweiten Prüfung war in der Minorität geblieben. In der Synode wurden nun die vorstehenden Anträge von dem Vorsitzenden in Fragen aufgelöst und zur Diskussion und Abstimmung gebracht. Demgemäß erklärte die Versammlung zuerst, daß auch die zwei Examina für ausreichend halte und gegen die Einführung des oben erwähnten Tentamens stimme.

Länger verweilte man bei der Frage, ob, wie bisher, es Regel bleiben solle, daß vor der ersten Anstellung im Pfarramte Jeder zu einem Colloquium verpflichtet sei, das Konfistorium aber das Recht habe, davon zu dispensiren, oder ob umgekehrt nach den Vorschlägen der Kommission in der Regel kein Colloquium gefordert werde, das Konfistorium aber das Recht haben solle, ausnahmsweise, wo es ihm nöthig scheine, ein solches zu veranstalten?

Zur Empfehlung der zweiten Alternative wurde bemerkt: Examina seien überhaupt nur ein nothwendiges Uebel und darum möglichst zu vermindern; das durch sie zu gewinnende Urtheil sei unsicher und abhängig von der Gunst des Augenblicks. Nach Leistungen, nicht nach Prüfungen, habe die alte Kirche ihre Diener gewählt. Was nütze dem Kandidaten sein Wahlsfähigkeits-Zeugniß, wenn der möglicher Weise

ungünstige Ausfall des Colloquiums dasselbe wirkungslos mache? Und wie bedenklich sei die Lage eines Kandidaten, der jetzt endlich zu einem Pfarramte berufen sei, an dessen Pforte nun aber noch ein Colloquium finde, das ihm vielleicht den Eingang wehre? Auch sei diese Veranstaltung zwecklos, weil erfahrungsmäßig Zurückweisungen niemals vorgekommen seien, und werde hoffentlich durch die weitere Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse und durch die Anwendung anderer positiver Beaufsichtigung- und Bildungsmittel überflüssig gemacht werden. Sie möge daher nach dem Vorschlage der Kommission nur da eintreten, wo der schlechte Ausfall der Examina oder sonstige Zweifel über die Wahlfähigkeit des Kandidaten sie nöthig machen. Dagegen wurde bemerkt, Zwischen dem Examen und der Anstellung liegt in der Regel ein langer Zeitraum, der mit mancherlei fremdartigen Beschäftigungen ausgefüllt wird. Leicht kann in Qualifikation und Haltung des Kandidaten eine Aenderung eingetreten sein, und die Kirche muß daher das Recht haben, sich von der Brauchbarkeit desselben für ihren Dienst zu überzeugen, um so mehr, als es überhaupt kein Amt giebt, in das man ohne Weiteres gelangt, wenn man längere Zeit außer Berührung mit demselben gekommen ist. Die bisherige Ordnung gestattet der Willkür am wenigsten Spielraum, ist auch weniger hart, wohingegen, wenn Colloquia nur als Ausnahmen eintreten sollten, der dazu Einberufene immer als mit einem Makel behaftet erscheinen wird. Nach geschlossener Diskussion bemerkte der Vorsitzende: Man werde dar- über einig sein, daß das Konsistorium, wenn es über die Tüchtigkeit eines Kandidaten ungewiß sei, diese Gewißheit haben müsse, und die Synode wolle daher das Colloquium gewiß nicht ganz abschaffen, am wenigsten, so lange der gegenwärtige Zustand der Kirche und der Kandidaten dauere. Demgemäß wurde die Frage so formulirt: ob es die Meinung der Versammlung sei, daß in der jetzt bestehenden Einrichtung des Colloquiums, so lange die übrigen von der Kommission gemachten Vorschläge sich noch nicht wirksam erwiesen haben, eine Aenderung stattfinden solle oder nicht? und die Versammlung erklärte sich mit überwiegender Majorität für einstweilige Beibehaltung der jetzt bestehenden Einrichtung.

Die übrigen von der Kommission beantragten Modalitäten des ersten Examens wurden ohne Diskussion aufgegeben. Nur die Zusammenfassung der Prüfungs-Kommission rief noch einige Erörterungen hervor. Einerseits war nämlich das Bedenken entstanden, als ob die Kommission die Verteilung des Staats bei den theologischen Prüfungen ausschließen wissen wolle, welches aber durch die Bemerkung erledigt wurde, daß ja die betreffende Examens-Kommission von dem Kirchenregimente bestellt werde; andererseits wurde die Besorgnis ausgesprochen, daß die Prüfungen der Kandidaten in einzelnen Fällen wohl gar den Konsistorien genommen und besonderen Prüfungs-Kommissionen oder den theologischen Fakultäten übertragen werden könnten; dieselbe wurde aber durch die Bemerkung gehoben, daß es immer nur Kommissionen des Konsistoriums sein könnten und auch Fakultäten vorkommenfalls nur im Auftrage und unter Beteiligung des Konsistoriums, insonderheit des General-Superintendenten examinieren würden. Außerdem wurde auch die gänzliche Ausschließung der Fakultäten, jedoch ohne Erfolg, beantragt, und gegen das Alterniren der Professoren, bei aller Anerkennung der Gründe dieses Vorschlags, erinnert, daß doch auch das Examiniren nicht Jedermanns Sache sei, vielmehr eine natürliche Befähigung und eine durch Übung zu gewinnende Geschicklichkeit dazu gehöre. Die Synode beschloß, die Erwägung und Ordnung dieses Gegenstandes dem Kirchen-Regimente zu überlassen; und nachdem der Vorsitzende noch erklärt hatte, daß durch die vorstehenden Beschlüsse an der Bestimmung der Kirchen-Ordnung in den weltlichen Provinzen, wonach die Provinzial-Synode zur Prüfung eben so viele ihrer Mitglieder deputire, als Examinatoren seien, nichts geändert sei, erklärte sich die Synode einstimmig auch darin mit dem Antrage der Kommission einverstanden, daß eine besondere Prüfung des Glaubens und der Frömmigkeit nicht stattfinden solle.

Man ging zum zweiten Examen über. Die Synode billigte zuerst, daß bei der mehr praktischen Tendenz derselben nur ein Mitglied der theologischen Fakultät zu ergötzen werden solle. Nicht so rasch verständigte man sich über das Memorials-Gutachten wegen der Oeffentlichkeit der zweiten Prüfung. Die Erfahrungen, die man namentlich in Sachsen bei den theologischen und bei dem Kammergericht zu Berlin bei den juristischen Prüfungen gemacht hatte, wurden berücksichtigt und sowohl die Vortheile, als auch die Nachtheile der dort eingeführten Oeffentlichkeit hervorgehoben. Ferner wurde der Nutzen hervorgehoben, den die Oeffentlichkeit des Examens bei den Methodisten in England gewahre. Weiter berief man sich auf die Analogie der Confirmation, auf den Schutz gegen den Verwurf hierarchischer Bestrebungen, gegen die veratorische Parteilichkeit und die sich wiederholende Einseitigkeit der Examinatoren, den die Oeffentlichkeit gewähre, nicht minder auch auf die davon zu erwartende Anregung und Förderung des theologischen und nicht theologischen Publikums. Auf der anderen Seite gab man zwar zu, daß Predigt und Catechisation öffentlich sein möchten. Hauptsache und eigentliche Aufgabe des Examens aber sei die Prüfung und Beurtheilung der wissenschaftlichen Befähigung des Examinanden. Diese fordere Zusammenhaltung aller Kräfte und Vermeidung jeder Störung. Die schriftlichen Arbeiten Konhaltung aller Kräfte und Vermeidung jeder Störung. Die Oeffentlichkeit reize entweder die Eitelkeit der Fragenden und Antwortenden, oder sie schüchtere den oft ohnehin schon besorgenen Kandidaten noch mehr ein. Wo werde sich Raum für das Publikum finden? Wer wisse nicht, daß trotz der Kontrolle des Publikums sich auf ganz legale Weise die Prüfung sehr erschweren lasse? Auch seien die Kandidaten nicht personae publicae, sollen es vielmehr durch das Examen erst werden, und gewiß sei es bedenklich mit dem Streben nach Oeffentlichkeit bei den theologischen Prüfungen den Anfang zu machen. — Nach geschlossener Diskussion erklärten sich

- 1) Für die Oeffentlichkeit der ersten Prüfung nur sehr wenig Stimmen.
- 2) Auch die unbedingte Oeffentlichkeit der zweiten Prüfung wurde mit 47 gegen 23 Stimmen abgelehnt.
- 3) Die dritte Frage: Erklärt sich die Versammlung für eine bedingte Oeffentlichkeit (Zulassung von Theologen, Aeltesten, Verwandten) wurde mit 39 gegen 31 Stimmen gleichfalls verneint.
- 4) Gegen die Oeffentlichkeit des Colloquiums sprach sich die Synode mit 45 Stimmen gegen 25 aus. (Fortsetzung folgt.)

Berlin. — Einer Allerhöchsten Bestimmung zufolge wird das Garde-Corps in diesem Herbst nicht zu größeren Uebungen zusammengezogen werden, dagegen aber im Monat August ausgedehntere Felddienstrübungen mit gemischten Waffsen abhalten.

Die lange Dauer der gegen die Polnischen Revolutionäre eingeleiteten Untersuchung, und die geringe Aussicht, daß diese Untersuchung vor dem Monat Oktober oder November zu ihrem Schlusse gelange, hat die Aufmerksamkeit des Kabinetts auf die vielfältigen Mängel unseres Strafverfahrens gelenkt; man fühlt, wie dringend nöthig es ist, einen einfacheren und kürzeren Prozeßgang einzuführen. Dieser Lage ist an den Staatsrath eine darauf bezügliche Weisung ergangen.

Das Staatsschulden-Zilgungswesen soll mit dem Finanzministerium, zu dem es ursprünglich gehörte, wieder vereinigt werden, indem Herr Minister Rother nach Ausführung seiner Pläne zur Erweiterung des Bank-Instituts entschlossen ist, sich in die Ruhe des Privatlebens zurückzuziehen.

Berlin. — In Bezug auf die alsbald einzuführende Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, werden bei den hiesigen Gerichten alle Vorbereitungen getroffen, um sie gleich nach Empfang der Ordre eintreten zu lassen. Wegen der Oeffentlichkeit hat man sich einstweilen dahin entschieden, daß zunächst allen Justizbeamten des ganzen Staats der Zutritt freistehen soll, sodann Jedem, der ein wissenschaftliches Interesse an den Verhandlungen nimmt. Ein vorzügliches Verdienst

für die Förderung dieser wichtigen Angelegenheit hat sich, nächst dem Justizminister Uhden, der Geh. Ober-Justizrath Bornemann erworben.

Stettin. — Die kirchlichen und politischen Bewegungen der Zeit gehen an Pommern ziemlich spurlos vorüber. Wenn von Lebenszeichen die Rede sein kann, so finden sie sich nur auf kirchlichem Gebiet. Man wird theologisch, weil man sich nicht politisch bewegen kann und darf. Von Bürgerversammlungen, von einer allgemeinen städtischen Ressource ist bei unserer Indifferenz jetzt nicht die Rede. Die Absonderungswuth, die Sucht für sich selbst und allein, nur unter Bekannten und in guter Gesellschaft zu sein, hat eine Menge geschlossener Gesellschaften geboren, die bei unsern Verhältnissen der Tod alles öffentlichen Lebens sind. Der Hauptzweck dieser Klubs ist bei Abspernung von der übrigen Welt: Unterhaltung mit Ebenbürtigen und Standesgenossen. Fremden, ja Verwunderung hat es bei einigen Bürgern erregt, daß die Stadtverordneten-Versammlung jüngst einen invaliden Stadtbeamten zum Stadtrath gewählt hat. Ein Kasus, der allerdings zu mancherlei Betrachtungen Stoff giebt. Der bisherige Stadtbaurath kommt um seine Entlassung ein und weist seine Invalidität nach. Magistrat und Stadtverordnete beschließen nach dem Abgange des Stadtbauraths statt dessen eine Stadtbaurathsstelle mit erhöhtem Gehalt zu gründen. Der invalide Stadtbaurath meldet sich und — wird von den Stadtverordneten zum Stadtbaurath gewählt.

In Bielefeld wurde am 1. Juli die Klassensteuer statt der Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt, ist aber nach der Kölnischen Zeitung, höher veranlagt worden als man geglaubt hatte, weshalb der anfängliche Jubel der Bürgerschaft etwas herabgestimmt sei.

Der Gemeinderath von Elberfeld hat in seiner ersten Sitzung am 13. Juli vollständige Veröffentlichung seiner Protokolle durch den täglichen Anzeiger beschlossen.

Vom Rhein. — (Magd. Btg.) Der Zusammenfluß der Heilighumsfahrer in Aachen ist allerdings sehr groß, jedoch lange nicht so bedeutend wie zu den früheren Ausstellungen. Die meisten Prozessionen kommen aus Holland und Belgien vorzüglich groß aber ist die Zahl der aus Belgien kommenden Geistlichen, die man in großer Geschäftigkeit unter den Tausenden in ihrer besonderen Kleidung bemerkt; aus dem Preussischen ist der Zubrang nicht sehr groß, nur aus dem Jülicher Land und vom Hunsrück kommen die Gläubigen in Massen. Die Rheinische Eisenbahn erfreut sich in dieser Zeit einer besonderen Frequenz; am vergangenem Sonntage hat die Einnahme mehr als 2800 Thlr. betragen, eine erfreuliche Nachricht für die Actionaire; die Direktion spekulirt jetzt auch ganz richtig, indem sie während der Heilighumsfahrt die Ausgabe von Personal-Karten für die Tour und Retourfahrten mit neuer Ermäßigung von 50 pCt. eingestellt hat. In Folge der erleichterten Communication beschränkt sich der Aufenthalt der Pilger in Aachen meist nur auf einige Stunden und da sie, mit wenigen Ausnahmen nur der geringeren Volksklasse angehören, so ist der Nutzen, den die Gewerbetreibenden sich versprochen, wider Erwarten gering. Die größeren Gasthöfe sind von Fremden nicht überfüllt, da die Bade-Saison durch die Ausstellung der Heilighümer unterbrochen ist und die reichen Fremden, namentlich Engländer, dem Zusammenströmen dieser Pilger und der großen Zahl Kranker und Krüppel möglichst schnell aus dem Wege gehen.

Ausland.

Deutschland.

Braunschweig. — Se. Hoh. der Herzog hat in Wien einen großen Theil der Schwierigkeiten beseitigt, welche seiner von dem Lande so sehr gewünschten Vermählung bisher im Wege standen. Auch über die inneren Konflikte des Landes hat sich der Herzog in Wien Rathsholth.

Alm den 15. Juli. Unsere heutige „Schnellpost“ bringt die Aufsehen machende Nachricht, daß die Hüttesheimer Leihkasse, welche bei der berühmten Verkaufsgeschichte der Herrschaft Roth eine so große und zweideutige Rolle spielte, plötzlich von dem Raupheimer Oberamtsgericht obsignirt worden ist. Eine ziemlich mysteriös klingende Geschichte hat sich in dem benachbarten Dorfe Kleinsetten zugetragen. Dort hat nämlich ein als arm bekanntes Mädchen auf einmal auffallend viel Geld vergeudet, so daß sich das Gericht in der Oberamtsstadt Biberach veranlaßt sieht, sie vorzuladen und nach dem Bezug der Summen zu fragen, die sie auf eine wahrhaft verschwenderische Weise an Bekannte und Verwandte für Kleider, Schmausereien, Tänze etc. und zwar ohne alle Heimlichkeit ausgiebt. Sie erklärt darauf, daß sie das Geld von einem vornehmen Fräulein in regelmäßigen Zusendungen mit der ausdrücklichen Bedingung erhalte, „daß es Alles zur Hofahrt verwendet werden müsse.“ Indicien, daß das Geld gestohlen sei, liegen entfernt nicht vor; auch sind die verschwendeten Summen so bedeutend, daß es nothwendig bekannt werden müßte, wenn in der Nähe oder Ferne ein außerordentlicher Diebstahl begangen wäre. Begreiflicherweise ist man auf den Ausgang der Geschichte sehr gespannt.

Kassel den 15. Juli. Oeffentliche Blätter melden unlängst, daß man bei dem Professor Hilbrand in Marburg angeblich weil er im Lesemuseum eine verbotene Zeitung aufgelegt, Haussuchung angeordnet habe; nachdem diese kein Ergebnis geliefert hat, ist, wie die Kölnische Zeitung wissen will, nun auch der Professor Gildemeister, welcher die Bibliothekargeschäfte im neuen Museum versieht, von der Polizei in Untersuchung gezogen worden, und zwar deshalb, weil der Herold im Museum aufgelegt habe.

Der Augsburger Allgem. Zeitung wird aus Marburg geschrieben: „Die

Art der Behandlung, welche der seine Strafe auf der Festung Spangenberg abbüßende Mitangeklagte Jordan's, Dr. Haß, erfährt, scheint seine Verwandten zu ähnlichen Schritten zu bestimmen, als früher für den unglücklichen Bürgermeister Dr. Scheffer unternommen wurden. Vielleicht und hoffentlich ist aber für Haß nicht so viel zu fürchten, da er zwar ein sehr schwächlicher und nervenkranker Mann, aber nicht wie Scheffer zu zehn, sondern nur zu zwei Jahren Festungssstrafe verurtheilt ist. Als Scheffer's Verwandte sich über dessen Behandlung auf der Festung bei der betreffenden Justizbehörde beschwerten, wies diese an das Kriegsministerium, welches aber mit Recht geltend machte, daß das Justizministerium die oberste Aufsicht und Sorge für die wegen politischer Vergehen Verurtheilten habe. So blieb die Sache beim Alten. Scheffer wurde bekanntlich wahnsinnig und entleibte sich selbst. — Professor Jordan ist in den traurigsten Gesundheitsumständen von hier abgereist, um in anderer Luft und Umgebung Besserung zu suchen. Der Prorektor hat ihm nur einen achttägigen Urlaub bewilligt, und dem Arzte, der kürzlich um Verlängerung dieses bereits abgelassenen Urlaubs beim Ministerium einkam, wurde von diesem aufgegeben, ein motivirtes Gesuch einzugeben. Da Jordan fortwährend suspendirt, also durch den Staat wie durch seine ruinirte Gesundheit außer Stand gesetzt ist, Vorlesungen zu halten, so ist wohl nicht zu befürchten, daß das Ministerium demselben den erbetenen Urlaub verweigern werde.

Österreich.

Wien. — Am 22. verläßt Fürst Metternich seine Villa und geht auf seine Güter in Böhmen. Sein Abgang wird das Zeichen für das ganze diplomatische Corps sein, ihre Erholungsreisen ebenfalls anzutreten. Die Gesandten von Rußland, Preußen und Frankreich, folgen ihm indessen nach Böhmen. — Aus einem diplomatischen Bericht aus Konstantinopel ist noch nachzutragen, daß der Engl. Botschafter Sir Stratford Canning, als er mit den gesammten diplomatischen Corps dem Sultan nach seiner Rückkehr aufwartete, ihn zum ersten Mal, statt Hauttasse, Sire und Kais. Majestät anredete. Auch waren bei dieser Gelegenheit die Türkischen Minister in Gegenwart des Sultans zum ersten Mal mit ihren Europäischen Decorationen geziert.

Aus der Bukowina wird der Augsburger Allgemeinen Zeitung mitgetheilt: „Die in der Allgemeinen Zeitung vorkommende Notiz von der Galizischen Grenze, wonach in der Bukowina zahlreiche Uebersiedlungen von der griechisch-unirten zu der griechisch nicht unirten Kirche stattfinden sollen, ist nach authentischen Nachrichten ganz falsch. In der Bukowina ereignen sich nur sehr selten solche Uebersiedlungen von einzelnen Individuen von dem griechisch-unirten zum griechisch-schismatischen Ritus; häufiger, wiewohl ebenfalls nur von geringer Anzahl, sind die Uebersiedlungen von der schismatischen zur griechisch-katholischen Kirche. Vollends übertrieben und erdichtet ist die in der Note zu jener Notiz erwähnte Angabe deutscher Blätter, die von dem Uebersiedeln von 20—30 Gemeinden mit einer Bevölkerung von fast 30,000 Seelen sprechen.“

Frankreich.

Paris den 18. Juli. Marschall Bugeaud wird am 25ten d. in Marseille erwartet, von wo er sich auf seine Güter zu Cercenil begeben will. Es soll zwischen ihm und dem Kriegs-Minister zu einer neuen ernstlichen Differenz gekommen sein, wegen der Uebersetzung des Interims des General-Gouvernements von Algerien. Der Kriegs-Minister will dasselbe angeblich dem General Bar anvertrauen, der Marschall Bugeaud aber besteht auf der Wahl des Generals Bedeau.

Im Kriegs-Ministerium soll in etwa vierzehn Tagen die neue Einrichtung der Verwaltungs-Direktion der Algierischen Angelegenheiten stattfinden. Die Einteilung der Büreaus, so wie denselben zustehenden Befugnisse, sind bereits bestimmt. Ein Direktor und ein Unter-Direktor oder beigeordneter Direktor sollen ernannt und statt drei Büreaus jetzt fünf eingerichtet werden.

Die Abfahrt der nach dem Golf von Mexiko bestimmten „Psyche“ ist noch auf einige Zeit verschoben worden. Es wird dieses Schiff den neuen Französischen Geschäftsträger nach Mexiko führen, sobald die letzten Bedingungen der in der Unterhandlung befindlichen Uebereinkunft zur Beilegung der zwischen Frankreich und Mexiko entstandenen diplomatischen Spannung festgestellt sein werden.

Die Wahl-Polemik dauert fort. Zwischen den ministeriellen und der Oppositions-Partei hat sich eine dritte Partei, unter dem Namen tiers parti, gebildet, und die Presse erklärt sich für diese, welche die systematische Opposition angreift, jedoch nicht in allen Stücken der Politik Guizot's folgen will. Sie verlangt innere Gemäßigte, allmählig vorschreitende Reform und nennt sich unabhängig konservativ.

Man versichert, daß der Unfall vom 8. Juli auf der Nordbahn zu mehreren Maßregeln von Seiten des Ministers der öffentlichen Arbeiten Anlaß geben werde. Man spricht unter Anderem von einer Verordnung, wonach die Gesellschaften künftig keine Züge von mehr als 20 Wagen bilden sollen, weil eine bedeutendere Anzahl Wagen in gewissen Fällen die Gefahr einer Verrückung von den Schienen vermehren, selbst sie veranlassen kann.

Der neue Bischof zu Algier, Herr Pavy, hat bei der Uebernahme seines Sprengels einen Hirtenbrief an die Geistlichkeit und die Gläubigen im Französischen Afrika erlassen; er hebt darin die großen christlichen Erinnerungen, die sich an Afrika's Boden knüpfen, hervor und zählt die Wohlthaten auf, die das Christenthum dort zu gewähren berufen ist.

Israhim Pascha hat sich am 16. Juli zu Portsmouth an Bord des Steamers „Avenger“ (Rächer!) nach Alexandria eingeschifft.

Die Stadt Mazatlan in Mexiko hat ein Pronunciamento zu Gunsten Santa Anna's ausgehen lassen. — Auch zu Acapulco ist eine Insurrection ausgebrochen.

Der Madrider „Geraldo“ vom 11. Juli meldet, die Berichte aus Lissabon seien wenig befriedigend. Das Ministerium consolidirt sich nicht; die Junta von Coimbra ist von neuem zusammengetreten.

Die Blätter von heute sind leer an Neuigkeiten. Die Presse spricht mit Bestimmtheit von dem nahen Austritten des Marschalls Soult, der fest darauf besteht, den nominellen Vorsitz im Ministerconseil nicht länger zu führen. Herr Guizot wird an seine Stelle treten; die Presse findet angemessen, ihm ihren guten Rath nicht vorzuenthalten; sie zieht ihn dem Herrn Thiers bei weitem vor, wünscht aber doch, er möge etwas mehr der progressiven Politik huldigen.

Portugal.

Lisbon den 10. Juli. Unsere Nachrichten aus Lissabon gehen bis zum 4ten. Ein Spanisches Schiff, welches einen Theil der Soldaten, die an dem Aufstande von Galicien theilnahmen und zur Verbannung nach der Insel Cuba verurtheilt wurden, an Bord hatte, war in den Lajo eingelaufen, und mehrere dieser straffälligen Soldaten hatten sich ans Land geflüchtet und den Schutz der Portugiesischen Behörden angerufen. Der Spanische Gesandte und der Befehlshaber einer vor Lissabon stationirten Spanischen Fregatte verlangten sogleich die Auslieferung dieser Flüchtlinge. Ein in Lissabon erscheinendes Blatt, Patriota, sagt: „Wir hoffen, daß der Portugiesische Name nicht durch einen Akt der Barbarei und Feigheit besudelt werden werde. Wir hoffen, die Zufluchtsstätte unseres Hafens aufrecht zu sehen.“ Diefelbe Sprache führten in einem ähnlichen Falle die Spanischen Behörden von Montevideo.

Großbritannien und Irland.

London den 17. Juli. Mit der gestrigen Sitzung des Unterhauses begann erst die eigentliche parlamentarische Wirksamkeit des Russell'schen Ministeriums. Der neue Premier-Minister nahm nämlich Veranlassung, den Gang der Geschäfte anzugeben, welche das Haus in der nächsten Zeit zu erledigen habe. Am nächsten Montage soll der Plan in Betreff der Zuckerpölle vorgelegt und zugleich eine Bill eingebracht werden, welche noch auf einen Monat die jetzigen Zuckerpölle weiter prolongirt; dann will die Regierung von den drei vom vorigen Ministerium schon vorgelegten Bills zur Verbesserung Irlandscher Verhältnisse zwei gefördert, die dritte, Entschädigungs-Zahlen für Meliorationen der verpachteten Ländereien betreffend, aber noch ausgesetzt sehen. „Lord John Russell“, schreiben die Times, „ist auf eine starke Opposition gefaßt. Wir fürchten, der Premier-Minister hat nur zu sehr Recht, daß er eine stürmische Debatte erwartet. Von allen Seiten her bereitet man sich zum Gesecht auf dem Boden der Zuckerfrage. Es ist kaum glaublich mit welcher Spannung man der Diskussion entgegen sieht. Die Frage: ob den bedrängten Pflanzern drei, fünf, sieben oder neun Jahre Gnadenfrist bewilligt werden soll, absorbiert das ganze Interesse selbst solcher Politiker, die weder Besitzungen in Westindien, noch große Vorräthe von Baumwollenwaaren, noch Kenntnisse haben, die sie befähigten, über Handels-Angelegenheiten mitzusprechen. Mit jeder Stunde gewinnt die Zuckerfrage an Bedeutung. Alles Andere geräth darüber in Vergessenheit. Die Kornbill liegt schon so weit hinter uns, wie die letzte Französische Revolution. Alle anderen Fragen des Tages, so anziehend sie auch für den Reformen und den Staats-Ökonomen sein mögen, treten gegen die Zuckerfrage in den Hintergrund zurück. Dabei glaubt aber Niemand, daß sie um ihrer selbst willen wird verhandelt und erörtert werden.“

Die Königin wird, wie ein Irlandsches Blatt aus bester Quelle zu wissen versichert, vor Ende Herbst einen Besuch in Irland abstaten, der fünf bis sechs Wochen dauern dürfte. Zuerst wird sie im Dubliner Schlosse einige Tage verweilen und sodann die Landtage mehrerer Irlandscher Großen, des Marquis von Ormonde, des Grafen Ross etc. besuchen.

Lord Desborough ist am 11ten in Dublin eingetroffen und hat das Amt des Lord-Lieutenants von Irland übernommen. — Nach dem Globe ist Lord Normanby zum Gesandten in Paris bestimmt.

In einer Bleimine bei Truro, welche am 9ten in Folge eines heftigen Gewitters plötzlich überschwemmt wurde, sind 34 Arbeiter ertrunken.

Der Marquis von Salbancha, der bekanntlich zum Kriegs-Minister in dem neuen Portugiesischen Ministerium ernannt ist, traf vorgestern Morgen von Ostende hier ein.

Mademoiselle Rachel ist hier angekommen und bereits gestern mit großem Beifall in den Horatiern und Curiatiern im St. James Theater aufgetreten.

In der gestrigen Unterhausung wurde der Vorschlag des bekannten Kapitäns Warner, für 400,000 Pf. St. mit einem unerhörten Zerstörungsmittel bekannt zu machen, zurückgewiesen.

Bermischte Nachrichten.

Die Zahl der durch die Londoner Postverwaltung beförderten Briefe betrug im Jahre 1838 (vor Einführung der penny-post) ungefähr 75,000,000; im Jahre 1845 hingegen ergab sich eine Summe von 271,000,000, und nach der Zahl der im Monate Januar 1846 beförderten Briefe zu schließen, wird sich dieselbe in diesem Jahre auf 303,000,000 — das Vierfache von 1838 — belaufen.

In der Nähe von Sachseburg am Marchfelde stieß ein Bauer auf einen harten Gegenstand, der dem eingerammten Pflode nicht weichen wollte, und als deshalb nachgegraben ward, fand man eine Urne mit ungefähr 700 Stück römischer Münzen aus der Zeit, wo die Legionen die Donaugengen gegen die Einfälle

